

A series of colorful, overlapping lines in blue, orange, green, and red originate from the left side of the page and curve towards the center, framing the main title. Some lines end in loops, while others terminate in straight lines that point towards the GEW logo.

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red slanted background, positioned at the end of the horizontal lines that frame the title.

GEW

Beschlüsse

des 28. Gewerkschaftstages der GEW
vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

1.1 Solidarität ist unsere Kraft: Weltweit für Frieden und Gerechtigkeit

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Kriege, Terror, Hass und Vertreibung haben die größte Flüchtlingskatastrophe seit Ende des Zweiten Weltkriegs ausgelöst. Reaktive Kräfte schüren Rassismus, Sexismus und Antisemitismus und spielen mit den Zukunftsängsten der Menschen, um gegen Minderheiten zu hetzen, Gesellschaften zu spalten und soziale Errungenschaften zu schleifen. Die Europäische Union droht auseinanderzubrechen. Arbeitslosigkeit und Armut haben auf unserem Kontinent in einem Ausmaß zugenommen, wie es vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war. Auf Druck der deutschen Regierung wurde eine Sparpolitik mit verheerenden Folgen forciert.

Besonders in Südeuropa wurden staatliche Ausgaben für Bildung zusammengestrichen, Schulen geschlossen, Lehrkräfte entlassen, Gehälter und Pensionen gekürzt, Klassenstärken und Pflichtstundenzahlen erhöht und Bildungseinrichtungen privatisiert. All dies geht einher mit einem Abbau demokratischer Rechte und massiven Eingriffen in ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte: Kündigungsschutzgesetze wurden aufgeweicht, Tarifpolitik durch staatliche Vorgaben ersetzt, das Recht auf Streik durch Verbote und Strafandrohungen ausgehöhlt. In dieser Situation der allgemeinen Verunsicherung gilt es für die GEW, in ihrer internationalen Arbeit Kurs zu halten und sich mit Nachdruck für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und für die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzusetzen. Die GEW bekräftigt den Beschluss zur Friedenspolitik von 2013 zu Abrüstung, Waffenexporten, Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Investitionen in soziale Infrastruktur. Als Bildungsgewerkschaft setzt sie sich für weltweite Abrüstung und Erziehung zum Frieden ein.

Bildungsinternationale stärken

Solidarität ist unsere Kraft – national wie international. Deshalb tritt die GEW für eine Stärkung der Bildungsinternationale (BI) ein. Als Gründungsmitglied der BI und ihrer europäischen Regionalorganisation EGBW unterstützt die GEW deren Beschlüsse und Arbeit durch Mitwirkung in Gremien, Netzwerken, Konferenzen und Kampagnen. Gemeinsam mit der BI und dem EGBW treten wir für das Recht auf gute öffentliche Bildung für alle ein und setzen uns international für starke, unabhängige und demokratisch verfasste Gewerkschaften ein, die in der Lage sind, die Interessen ihrer Mitglieder professionell und effektiv zu vertreten.

UN-Nachhaltigkeitsziele zur Richtschnur politischen Handelns machen

Die GEW begrüßt die von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 beschlossenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung als einen Meilenstein für die soziale und ökologische Entwicklung auf unserem Planeten. Sie setzt sich mit Nachdruck für deren Verwirklichung bis 2030 in Deutschland und weltweit ein. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Bildungsziel 4 und seinen 10 Unterzielen. Deshalb unterstützt die GEW aktiv die Globale Bildungskampagne und deren jährliche Aktionswochen. Die GEW erwartet von der Bundesregierung, endlich ernst zu machen mit ihrer Ankündigung, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Sie fordert die Bundesregierung wie auch die Bundesländer dazu auf, die UN-Nachhaltigkeitsziele zur Richtschnur ihres politischen Handelns zu machen und konkrete Pläne zu deren Umsetzung zu entwickeln.

Kurswechsel in Europa erforderlich

Die GEW fordert eine Abkehr von der sozial schädlichen Austeritätspolitik in Europa und stattdessen umfangreiche Investitionen in öffentliche Infrastruktur und eine Ausfinanzierung von guter Bildung. Um den Krisenländern Südeuropas auf die Beine zu helfen, bedarf es einer weitgehenden Streichung ihrer Auslandsschulden. Die europäischen Verträge benötigen eine soziale Fortschrittsklausel, um sicherzustellen, dass soziale Schutz- und ArbeitnehmerInnenrechte in der Europäischen Union mindestens den gleichen Stellenwert erhalten wie die Dienstleistungsfreiheit und der Binnenmarkt. Die GEW fordert eine europäische Steuerpolitik, die die Türen für Steuerflucht und Steuervermeidung für international agierende Konzerne schließt.

Das Europäische Parlament muss gestärkt werden, indem es ein Initiativrecht gegenüber der EU-Kommission erhält. Die GEW bekräftigt ihre Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte und einer europaweiten Finanztransaktionssteuer auf alle Arten von Finanzmarktgeschäften als Konsequenz aus der Finanzkrise. Die GEW fordert einen Kurswechsel im Bologna-Prozess, der Mobilitätshindernisse für Studierende und Hochschulbeschäftigte abbaut, die Qualität von Studium und Lehre verbessert, die Lehrenden aktiv unterstützt und die soziale Dimension des Europäischen Hochschulraums stärkt. Im Europäischen Forschungsraum tritt die GEW mit dem EGBW für eine Reform hin zu berechenbaren Karrierewegen und fairen Beschäftigungsbedingungen für ForscherInnen ein.

Beschluss des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg

Supranationale soziale Dialoge nutzen

Die GEW beteiligt sich kritisch-konstruktiv an supranationalen Dialogen im Bildungswesen wie dem jährlichen Gipfel zum Lehrkräfteberuf (ISTP) von BI und OECD und dem Europäischen Sektoralen Sozialen Dialog Bildung (ESSDE). Dabei sind wir uns durchaus bewusst, dass die OECD mit ihrem Fokus auf Beschäftigungsfähigkeit einen verkürzten Bildungsbegriff verfolgt. Doch hat die OECD auch stets die frühe Selektion im deutschen Schulsystem angeprangert und immer wieder darauf hingewiesen, dass Bildungserfolg in Deutschland wesentlich von der sozialen Herkunft abhängt. Gemeinsam mit der BI fordert die GEW von der OECD, die Bedeutung von Bildung als Menschenrecht und öffentliches Gut in den Vordergrund zu stellen. Um Fortschritte im ESSDE zu erzielen, bedarf es einer stärkeren Beteiligung und Verbindlichkeit der BildungsarbeitgeberInnen in Europa. Die GEW kritisiert den Rückzug der deutschen BildungsarbeitgeberInnen, insbesondere der TdL aus diesem Prozess und fordert die deutschen Bundesländer auf, Verantwortung zu übernehmen und aktiv am ESSDE mitzuwirken.

Einsatz für Menschen- und Gewerkschaftsrechte

Die GEW tritt aktiv gegen die Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten ein und beteiligt sich regelmäßig an Eilaktionen und ProzessbeobachterInnenmissionen der Bildungsinternationale. Mit ihrem Heinrich-Rodenstein-Fonds unterstützt die GEW weltweit verfolgte und geflohene GewerkschafterInnen und Menschen in besonderen Notlagen. Besondere Aufmerksamkeit widmet die

GEW der Situation in der Türkei, wo sich die Menschenrechtslage unter dem autokratisch regierenden Präsidenten Erdoğan erheblich verschlechtert hat. Die GEW fordert ein Ende der Verfolgung und Kriminalisierung von GewerkschafterInnen und erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich bei der türkischen Regierung mit Nachdruck für rechtsstaatliche Verhältnisse und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen einsetzt.

Bekennnis zur historischen Verantwortung

Die GEW bekennt sich zu ihrer Verantwortung aus der deutschen Geschichte und unterstreicht die Bedeutung gemeinsamer Gedenkveranstaltungen und Seminare mit israelischen Partnern zur Konfrontation mit dem Holocaust. Sie bekräftigt das Existenzrecht Israels wie auch das Recht der PalästinenserInnen auf einen eigenen Staat und wird ihre freundschaftlichen Kontakte zu israelischen und palästinensischen Bildungsgewerkschaften dazu nutzen, sich für einen gerechten Frieden im Kontext einer Zweistaatenlösung einzusetzen. Dabei setzt die GEW auf Dialog und Verständigung.

Bilaterale Austausche fördern und ausbauen

Die GEW fördert den bilateralen Austausch und die Zusammenarbeit mit Mitgliedsgewerkschaften der Bildungsinternationale. Sie wird insbesondere ihre gewachsenen Beziehungen und Kooperationen mit PartnerInnen-gewerkschaften pflegen und durch wechselseitige Besuche und gemeinsame Programme auf Ebene des Hauptvorstands, der Landesverbände und anderer GEW-Strukturen weiter ausbauen.